

Im Streit um Nahost-Film wird juristisch scharf geschossen

Gericht entscheidet demnächst über Antisemitismus-Vorwürfe — Kirche unterstützt das Projekt — „Überlegungen“ im Kultusministerium

VON MICHAEL KASPEROWITSCH

In dem Film geht es um Friedensarbeit im Nahen Osten, in Nürnberg aber wird juristisch scharf geschossen. „Wir weigern uns, Feinde zu sein“, heißt der Streifen, den die evangelische Kirche gefördert hat und dem Kritiker vorwerfen, er fördere den Antisemitismus oder spiele sogar der Neonazi-Szene in die Hände. Das Material wird auch in Schulen eingesetzt. Der Streit beschäftigt nun auch das Kultusministerium.

Die beiden Filmautoren, Stefanie Landgraf und Johannes Gulde von der Terra Media Corporation in München, haben für ihren 90-Minuten-Film zwölf junge Leute in das von Israel eroberte Westjordanland und zu den dort lebenden Palästinensern begleitet. Die evangelische Kirche hat sich sehr engagiert. Sie gab 25 000 Euro für die Reise, der frühere Landesbischof Johannes Friedrich ist Schirmherr des Projekts und verliehen wird der Film unter anderem von der evangelischen Medienzentrale Bayern mit Sitz in Nürnberg.

Hauptkritikpunkt an dem Werk sind Aussagen eines jungen Palästinensers, der den Widerstand seiner Landsleute mit dem der Juden in NS-Ghettos vergleicht. Dies bleibt ebenso unkommentiert stehen wie seine Bemerkung, die „Juden“ würden den Holocaust instrumentalisieren, um Land zu rauben. Zu Wort kommen zwar auch israelische Friedens-

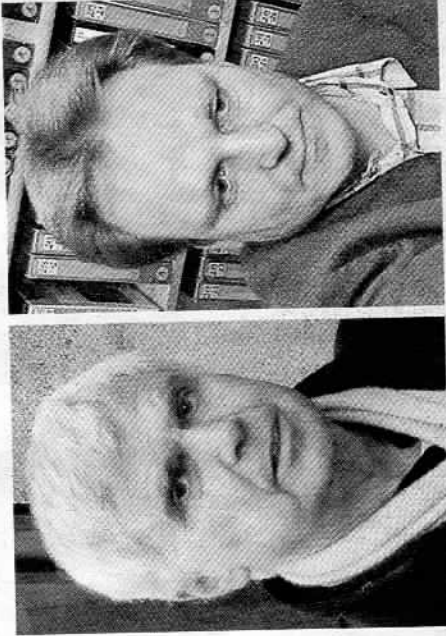
aktivisten, insgesamt wird aber der Eindruck erweckt, der Staat Israel sei Hauptaggressor in der Region und nicht etwa arabische Terroristen oder diejenigen, die Israel bis heute das Existenzrecht absprechen.

Vor allem Hansjürgen Kitzinger vom Arbeitskreis „Suchet der Stadt Bestes“, der sich die Unterstützung Israels auf die Fahnen geschrieben hat, aber auch Wolf-Martin Hergert, Geschichtslehrer am Sigena-Gymnasium, haben schon vor Wochen auf die ihrer Ansicht nach äußerst bedenklichen Inhalte hingewiesen. Der Film verbreite antisemitische Stereotype.

Nürnbergers Schulbürgermeister Klemens Gsell hatte im Dezember städtische Schulen aus Sorge um die gebotene Neutralität gebeten, den Film „Wir weigern uns, Feinde zu sein“ im Unterricht nicht zu verwenden (*wir berichteten*). Damit hat er sich nicht nur Freunde gemacht.

Entscheidung wird erwartet

Landgraf und Gulde, die Filmemacher, sind gegen Gsell, genauso wie gegen Kitzinger, vor Gericht in einen juristischen Feldzug gezogen. Sie sollen verschiedene Antisemitismusr Vorwürfe gegen den Film nicht mehr wiederholen. Eine Entscheidung des



Johannes Friedrich (links) ist Schirmherr des Projekts, Klaus Ploth von der kirchlichen Medienzentrale verleiht den Film.

Landgerichts Nürnberg-Fürth wird demnächst erwartet. Kitzingers Anwalt, Joachim Reitenspiess, geht davon aus, dass es sich auch bei seiner Kritik am Film um eine zulässige Meinungsäußerung handelt. Das Werk beziehe teilweise sehr drastisch einseitig Position gegen den Staat Israel, es müsse deshalb gestattet sein, genauso deutlich gegenteilige Stellung zu beziehen.

Gsell wird kurioserweise vor Gericht von Günther Beckstein vertreten. Der frühere Ministerpräsident ist Mitglied der evangelischen Landes-synode und steht mit an der Spitze der EKD-Synode. Auch Beckstein geht

davon aus, dass das Filmprojekt, welches seine eigene Kirche großzügig gefördert hat, so interpretiert werden kann, dass der Film antisemitische Klischees verwendet. So werde nicht deutlich, dass es sich beim Holocaust um einen Völkermord handelt, dem die heutige Situation in Nahost nicht annähernd gleichkommt.

Er zitiert in seinem Schriftsatz Rapper, die in dem Film Sätze sagen wie: „Erwartet keine Gerechtigkeit von Israel.“ „Sie sind schuldig in jeder Hinsicht“ oder „Sie stellen sich ganz bewusst als Opfer dar. Warum? Weil Opfer nicht zur Verantwortung gezogen werden können.“ Beckstein kann keinen Grund für die von Gsell verlangte Unterschrift unter eine Verlassungserklärung erkennen.

Die evangelische Landeskirche wiederum sieht keinen Anlass, sich von dem Film zu distanzieren. „Er klärt über den Konflikt durch verschiedene Erfahrungsberichte auf und ist keineswegs einseitig“, betonte Kirchenpräsident Johannes Minkus auf Anfrage. Von antisemitischen oder antisraelischen Tendenzen könne „auf keinen Fall“ die Rede sein. Minkus geht davon aus, dass Lehrer „Wir weigern uns, Feinde zu sein“ auch nicht unkommentiert zeigen und Schüler

mit ihren Eindrücken nicht allein gelassen werden. Der frühere Landesbischof Johannes Friedrich hält es ebenfalls für notwendig, mit Schülern über den Film zu reden. So einseitig, wie dies dargestellt werde, sei dieser aber nicht. Friedrich lebte zwischen 1985 und 1991 in Jerusalem und ist heute noch Nahost-Beauftragter der EKD.

„Das geht in die Irre“

Der Ex-Bischof äußert Verständnis dafür, dass das Herz der Jugendlichen in dem Film eher für die Palästinenser in einer schwierigen Lage schlägt. Eines ist für ihn aber auch klar: „Vergleiche mit dem Dritten Reich gehen in diesem Zusammenhang völlig in die Irre.“

Die hitzige Diskussion hat inzwischen im Kultusministerium zu „Überlegungen“ geführt. Die Behörde denkt daran, so Sprecher Ludwig Unger, in geeigneter Form darauf hinzuweisen, dass möglicherweise die Gefahr besteht, dass junges Filmpublikum unter Umständen das Existenzrecht Israels infrage stellen könnte. Denkbar wäre ein Rundschreiben oder eine Lehrerfortbildung, um auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Die ganze Debatte hat dem Film eine gewisse Publicity beschert. Klaus Ploth, Chef der evangelischen Medienzentrale, hat eine zweite Kopie nachgekauft, weil die Anfragen deutlich mehr geworden sind, seit der Streit öffentlich ausgetragen wird. Zuvor gab es genau zwei Ausleihen.